

Rede von Landrat Edgar Wolff anlässlich der Einbringung des Haushalts 2012 in der Kreistagssitzung am 21.10.2011, Hohenstaufen-Saal, Landratsamt Göppingen

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!
Sperrfrist: Freitag, 21.10.2011, 14:00 Uhr!

Einbringung des Haushalts 2012 in der Kreistagssitzung am 21.10.2011

Ausführliche Ausführungen zur Rede von Landrat Wolff

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,
liebe Kolleginnen und Kollegen von der Verwaltung,
sehr geehrte Besucherinnen und Besucher,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

Folie 2

„Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen bauen Windmühlen“

Mit diesem chinesischen Sprichwort habe ich bei der Einweihung der neuen Windkraftanlage in Geislingen-Stötten mit dem Ministerpräsidenten am 9.9.2011 die Haltung des Kreises Göppingen bei der Unterstützung eines wichtigen Zukunftsthemas unterstrichen.

Waren wir zu diesem Zeitpunkt schon **führender Windkraftanlagenstandort** mit 26 von 29 in der Region Stuttgart betriebenen Windkraftanlagen, so sind wir das in der Zwischenzeit erst recht, denn alleine die Gemeinde Deggingen hat es innerhalb kürzester Zeit geschafft, mit breiter Unterstützung der Bürgerschaft weitere **38810 Windräder** auf ihrem Gemeindegebiet aufzustellen. O.K., das alles war nur ein Spiel, aber vielleicht können wir ja aus einer solch positiven und identitätsstiftenden Aktion und aus den 38810 Windrädern ein bisschen symbolischen Rückenwind mitnehmen für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen, die auch in einem möglichst wirksamen Beitrag zur Energiewende und in neuen Formaten bürgerschaftlicher Beteiligung liegen.

Um die Herausforderungen, denen der Landkreis Göppingen begegnet, wird es in den jetzt anstehenden Haushaltsberatungen gehen. Sie sind aus meiner Sicht eine willkommene Gelegenheit für eine Standortbestimmung wie auch für strategische Überlegungen, für Entscheidungen über zu Bewahrendes und über zu Veränderndes.

Meine Damen und Herren,
HHEinbringung 2012, Landrat Edgar Wolff, 21. Oktober 2011

Folie 3

Das Gute an dem insgesamt 572 Seiten umfassenden Entwurf des Kreishaushalts für das kommende Jahr, der im übrigen 1,42 kg schwer ist, ist, dass er nicht wie im Vorjahr ein 20 Mio. Euro-Loch und damit ein Rekord-Defizit umfasst. Das weniger Gute daran ist, dass die Zahlen des HHEntwurfs mit der sehr guten konjunkturellen Entwicklung und der damit einhergehenden erfreulichen Entwicklung der öffentlichen Finanzen nicht Schritt halten kann. Man könnte auch sagen: Steuersegen – von wegen!

Der Haushalt 2012, den die Verwaltung heute einbringt, setzt die Haushaltskonsolidierung aus dem Jahr 2011 fort. Es war aus unserer Sicht „alternativlos“, das Zahlenwerk auf der Basis der reduzierten Ansätze aus 2011 und mit eher restriktiven Ausgabe- und eher optimistischen Einnahmeansätzen, d. h. durchaus mit Risiken behaftet, zu erstellen. Was an Verbesserungen bekannt ist, wurde alles eingeplant. Die eigenen Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer sind aus der positiven Entwicklung 2011 nur unterdurchschnittlich steigend angesetzt, die Schlüsselzuweisungen des Landes sind noch nicht in dem Ausmaße steigend, wie es die Aufgabenstellung der Landkreise und erfordern bzw. umgekehrt die Einnahmemehreinnahmen beim Land zu sehen sind (z.B. vorgesehene höhere Grunderwerbsteuer).

Und es liegen mit 2,8 Mio. € Vorbelastungen aus den unabgedeckten Verlustvorträgen der Kliniken gGmbH vor, die wir zur endgültigen Abdeckung in einem „ausgeglichen“ Haushalt eingeplant haben. Auch zu dieser Verlustabdeckung gibt es aus unserer Sicht keine Alternative. Die Verwaltung bleibt der schon bisher praktizierten sparsamen Linie treu und hat dazu noch die systematische Suche nach Konsolidierungspotenzialen in der Landkreisverwaltung mit einem umfassenden Organisationsentwicklungsprozess „Wandel gestalten“ begonnen, dazu später mehr.

Hier **Folie 4** sieht man, dass die Einwohnerzahl des Landkreises seit dem Höchststand in den Jahren 2003 bis 2005 von rund 258.200 Einwohnern nun auf nur noch rund 252.000 Kreiseinwohner gesunken ist, d.h. wir haben etwa **5.800 Einwohner verloren**. Dieser Rückgang hat spürbare finanzielle Auswirkungen. Bei aktuellen 359 Euro pro Einwohner in den Schlüsselzuweisungen 2012 bedeutet dies für den Kreis Göppingen bei 5.800 Einwohnern weniger einen fehlenden Betrag von 2,1 Millionen Euro/Jahr! Und dies bedeutet auch eine anteilig höhere Sozialleistungsquote in unserem Landkreis als in anderen Landkreisen.

Hier, **Folie 5**, sehen Sie die **Eckwerte des HHEntwurfs 2012**, die Details wird Ihnen im Anschluss Kreiskämmerer Stolz vortragen. Leider kommen die Basisdaten zum Etat-Entwurf ziemlich ernüchternd daher:

- unser **Vermögenshaushalt** 2012, also der Bereich, in dem Investitionen vorgesehen sind, stagniert
- der **Verwaltungshaushalt** 2012 steigt weiter auf aktuell 222,6 Mio €, dabei sind Hauptfaktoren die vorzunehmende Abdeckung der Klinik-Verlustvorträge sowie weiter steigende Aufwendungen im Bereich der Soziallasten
- die **Zuführungsrate** an den Vermögenshaushalt mit 5,266 Mio € ist nochmals mit den Maßnahmen der Konsolidierung reduziert und zeigt, dass wir im Sinne einer für die Kommunen vertretbaren Kreisumlagehöhe nur eine Mindestzuführungsrate vorsehen.
- die **Investitionen** 2012 sind nur minimal um rund 580.000 € auf 10,423 Mio € mit dem Schwerpunkt der Fortsetzung im Bereich der Kliniken gestiegen, auf die wichtigsten Bereiche reduziert, sowie ausschließlich fremdfinanziert. Dabei ergibt sich eine Netto-Neuverschuldung von 5,1 Mio €,

Wir investieren i. W. in den Bereich Gesundheit mit 4,3 Mio € Investitionszuschüssen für die Kliniken. Wir investieren in Bildung mit 1,6 Mio € für Schulmittelausstattung und wir investieren knapp 3 Mio € in Baumaßnahmen, z. B. energetische Fenstersanierung BSZ Geislingen mit 850 T€. Ein Betrag von 1,5 Mio € für eine Gemeinschaftsunterkunft zur Unterbringung von Asylbewerbern der könnte durchaus auch geringer ausfallen.

- Die Haushaltsaufstellung stand unter dem Vorzeichen der Finanzplanung mit einem Kreisumlage-Hebesatz von 42,95 %. Ich meine, wir haben alle Register gezogen, um zu einer für die Kommunen niedrigeren Belastung zu kommen. Die aus unserer Sicht noch verantwortbaren Bemühungen haben aber ein definitives Ende und das liegt bei dem vorgeschlagenen **Hebesatz von 40,50 %** . Da ist sozusagen Ende Gelände! Einer weiteren Absenkung standen die noch offenen Verlustvorträge der Kliniken aus dem Vorjahr entgegen, sonst hätten wir sogar eine nahezu im Aufkommen gleichbleibende Kreisumlage vorschlagen können.

Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung entspannt sich auch die **Finanzsituation der Städte und Gemeinden** des Landkreises wieder. Dies zeigt auch die Tatsache, dass sich für die Kommunen im Kreis – allein auf der Grundlage der vorläufigen Orientierungsdaten des Finanzministeriums für 2012 – Verbesserungen in Höhe von rd. 12 Mio. € ergeben (der Hauptanteil fällt dabei auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit rd. 8,1 Mio. € bzw. auf Erhöhungen der Schlüsselzuweisungen mit rd. 3,1 Mio. €).

Weitere, teils deutliche Verbesserungen zeichnen sich auch bei den Gewerbesteuererinnahmen ab. Einschränkend muss hier jedoch festgestellt werden, dass sich diese wichtige Einnahme bei unseren Kreiskommunen sehr unterschiedlich entwickelt.

Meine Damen und Herren,

Anlass zur Freude, aber nur bezogen auf die Gegenwart, leider nicht perspektivisch, bietet die wirtschaftliche Entwicklung. Die Wirtschaftsleistung in **Baden-Württemberg** hat bereits wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Die Wirtschaft im Land ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 5,6 Prozent (Bund 3,9 Prozent) gewachsen. Auch in der zweiten Jahreshälfte wird die Phase der guten Konjunktur anhalten, so dass laut Statistischem Landesamt das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Baden-Württemberg im Gesamtjahr 2011 um rund 4 % steigen dürfte.

Das Auslandsgeschäft ist die wesentliche treibende Kraft der schnellen wirtschaftlichen Erholung im Land. Besonders Investitionsgüter aus dem Land sind international sehr gefragt. Die Binnennachfrage entwickelt sich im Windschatten des Auslandsgeschäfts ebenfalls erfreulich.

Auch im **Landkreis** hat die Wirtschaft die Talsohle hinter sich gelassen und erlebt momentan wieder eine Hochphase. Der Konjunkturmotor brummt, so hat es die IHK-Bezirksskammer Göppingen erst vor 2 Tagen vermeldet. Die Unternehmen sind optimistisch und haben volle Auftragsbücher. Durch starke Auslastung und volle Auftragsbücher vor allem im verarbeitenden Gewerbe und dem Maschinenbau als Motoren im Landkreis ist für viele Unternehmen die Zahl ihrer Beschäftigten wieder auf höchstem Niveau und vielfach wieder auf dem Stand von 2008. Viele Unternehmen sind wieder auf der Suche nach qualifizierten Arbeitskräften, sodass der **Fachkräftemangel** mittlerweile wieder ein großes Thema ist. Die Kurzarbeit gehört der Vergangenheit an. Die **Arbeitslosigkeit** ist mit 4,1 % auf einem sehr niedrigen Wert. Die Situation auf dem **Ausbildungsmarkt** ist sehr gut, die Betriebe stellen mehr denn je Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Aber Achtung, wie gewonnen, so zerronnen. Gleichzeitig mit dem brummenden Konjunkturmotor meldet ganz aktuell das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, dass die Konjunkturerwartungen auf ein Dreijahrestief abgestürzt sind. Die schwelende Staatsschuldenkrise mit ihren immer zu kleinen Rettungsschirmen, die Börsenturbulenzen und ein schwächer werdendes Wachstum lassen grüßen und gehen auch am Landkreis nicht spurlos vorbei.

Ein vorsichtigeres Agieren der Unternehmen macht sich zunächst in der Investitionsbereitschaft und der Zeitarbeit als Frühindikator bemerkbar. Nach dem extremen Aufschwung wünschen sich die Unternehmen aber auch ein Stück **Normalität**. Zwar gibt es eine deutliche Wachstumsverlangsamung, doch dies ist nicht ungewöhnlich nach zwei guten Konjunkturjahren, so der DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag).

Meine Damen und Herren,

auch wenn wir den betrieblichen Erfolg und die Entwicklung unserer Wirtschaft nicht unmittelbar beeinflussen können, muss der Landkreis zusammen mit den Kommunen dennoch eine **aktive Wirtschaftsförderung** betreiben.

Mit der Einbindung der neuen Stellen „Kreiswirtschaftsförderung“ und „Standortkommunikation“ im direkt dem Landrat zugeordneten **„Büro für Kreisentwicklung und Kommunikation“** ist eine größere Umorganisation im Landratsamt abgeschlossen. Die **WiF-Wirtschaftsförderungsgesellschaft** für den Landkreis Göppingen mbH hat sich mit inhaltlichem Schwerpunkt **neu ausgerichtet** und zur Wirtschafts- und Innovationsförderung entwickelt. Die **Kreiswirtschaftsförderung** im Landratsamt ist an die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) angebunden. Zum 1. Oktober 2011 wurde die Arbeit im neuen „Büro für Kreisentwicklung und Kommunikation“ aufgenommen. Hierzu wurden bisherige Stabstellen des Landrats in einer neuen Organisationseinheit **gebündelt**. Im „Büro für Kreisentwicklung und Kommunikation“ sind die Stellen der Persönlichen Referentin, der Förder- und Öffentlichkeitsarbeit, der Kreiswirtschaftsförderung, der Standortkommunikation, der Tourismusförderung und der Beauftragten für Chancengleichheit angesiedelt. Frau Merx, unsere neue Wirtschaftsförderin hat vor gut 3 Wochen ihre Tätigkeit aufgenommen. Ihre Stelle wurde in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart (WRS) konzipiert und besetzt.

In enger Kooperation im Büro für Kreisentwicklung und Kommunikation wird die **Standortkommunikation**, die ihre Tätigkeit im November aufnehmen wird, unsere Stärken als Wirtschaftsstandort, als lebenswerter Landkreis und als Landkreis mit hohem Freizeitwert systematischer und gezielter als bisher vermarkten. Das tun wir vor dem Hintergrund sinkender Einwohnerzahlen, damit einhergehender Steuerkraftsummen und um unsere Stärken im Kreis selbst und darüber hinaus besser bekannt zu machen. Das tun wir auch, weil wir an unserem Kreisbewusstsein arbeiten müssen.

Für die Weiterentwicklung im Tourismus, in der Vermarktung und für gezielte Kommunikationsmaßnahmen haben wir **Ansätze im Haushalt** eingestellt, **Folie 6**, die wir benötigen, um das Kreisbewusstsein und das Image des Landkreises zu stärken, um unsere touristischen Potenziale weiter zu entwickeln, z. B. bei den Themen Wander- und Radverkehr aber auch bei der Umsetzung wichtiger Themen aus der Kreisentwicklung.

Wir haben in den aktuellen Entwurf für die **Tourismusförderung und die Standortkommunikation zusammen, aber in getrennten Unterabschnitten 160.000 Euro** eingestellt. Stoßen wir keine neuen Produkte im Tourismus an, kommunizieren wir diese und die weiteren Stärken des Landkreises nicht systematischer und wirksamer wie bisher, wird der Kreis Göppingen in wichtigen Themenfeldern nicht weiterkommen. Bei dieser Gelegenheit verweise ich auf unsere Übernachtungszahlen im Vergleich zu den umliegenden Kreisen. Wir haben zu ca. 80% Geschäftsreisende, die bei uns übernachten. Nur durch attraktive Produkte wie bspw. längere zusammenhängende, attraktive Rad- und Wanderwege, deren Zertifizierung, durch einen überzeugenden Auftritt auf der Messe CMT, dem Einstieg in interaktive Radkarten in einem Internetportal und durch gute Printmedien werden wir auch eine Erhöhung unserer Übernachtungszahlen von Privatpersonen außerhalb der jetzt wieder anziehenden Zahlen bei den Geschäftsreisenden zu verzeichnen haben. Für unser Kreisbewusstsein und unser Image ist unser Erscheinungsbild elementar, auch unser Internetauftritt. Sie wissen alle, dass wir hier handeln müssen. Wir benötigen ein einheitliches, zeitgemäßes und der Attraktivität des Landkreises entsprechendes Erscheinungsbild, wir brauchen einen zielgruppenorientierten Internetauftritt und zielgruppenorientierte Publikationen. Jeder, der sich mit der Materie auskennt, weiß, dass unser nun eingestellter erster Betrag in Höhe von 80.000 Euro für die Standortkommunikation viel zu wenig ist. Und dennoch ist er ein Schritt in die richtige Richtung.

Meine Damen und Herren, von der Wirtschaftsförderung ist es ein kurzer Weg hin zum Thema **Verkehr und Mobilität**, denn mit unserer Verkehrsinfrastruktur wollen wir eben gerade kurze und gut befahrbare Wege für Lieferanten, Kunden und insbesondere auch Arbeitskräfte sicherstellen und wir wollen Lärm, Gestank und innerörtlichen Entwicklungsstillstand vermeiden.

Folie 7

Diese Zielsetzung scheint in Bezug auf unsere Topthemen B 10/B 466 und A 8 der Quadratur eines Kreisanliegens gleichzukommen. Beide sind zwar nicht relevant für den KreisHH, sie sind aber umso mehr zukunftsrelevant und dürfen deshalb in keiner HHEinbringung fehlen. Dies umso mehr, wenn die Dinge nicht so laufen, wie wir uns das wünschen und wie wir das erhofft haben.

Bei der B 10 und B 466 sind leider deren weitere, seit 1998 rechtsverbindlich planfestgestellten Bauabschnitte 3+4 noch immer in der Finanzierung offen. Die Weiterführung bis Gingen/Ost und die Umgehung im Zuge der B 466 um Süßen herum in Richtung Donzdorf müssen jetzt unbedingt kommen! Solange das nicht der Fall ist, solange entfaltet auch der erfreulicherweise jetzt fertig gestellte 2. Abschnitt nicht die gewünschte Wirkung, d. h. Verkehrsentlastung. Das musste auch Verkehrsminister Hermann anlässlich der Eröffnungsfeier Mitte September anerkennen.

Zur Priorisierung durch das Land in Konkurrenz zu anderen wichtigen Baumaßnahmen haben wir bisher allerdings noch nichts Konkretes gehört. Berlin und Stuttgart verweisen unisono auf die knappe Finanzausstattung des Verkehrshaushalts und den Vorrang des Erhalts sowie bereits begonnener Maßnahmen. Was anderes aber sollten die Bauabschnitte 3+4 sein? Wir werden es nicht hinnehmen, sie zu einer sogenannten neuen Maßnahme umzuetikettieren.

Meine Damen und Herren, das Land ist jetzt gefordert, Farbe zu bekennen, zu entscheiden, welchen Rang die B 10/B 466 aus seiner Sicht einnimmt. Bis zu 35.000 Fahrzeuge/Tag, die sich heute mit Lärm und Gestank durch die engen Ortsdurchfahrten quälen, können nicht mehr länger akzeptiert werden. Wir werden weiterhin kräftig Druck machen. Es geht in der Summe um 27 Mio. €, die mit Tranchen von knapp 7 Mio. € auf die Haushalte 2012 bis 2015 verteilt zu finanzieren wäre. Wenn wir die aufwändige Fils- und Bahnquerung in Süßen und die erforderlichen Bauzeitfenster an der Filstalstrecke der Bahn berücksichtigen, wäre eine zeitliche Abfolge auf vier Jahre verteilt durchaus realistisch.

Was den Herrn Verkehrsminister sicher auch beeindruckt hat, war das geschlossene Auftreten aus Wirtschaft, Bundes- und Landespolitik, Bürgerschaft und Verwaltung einschl. eines geschlossenen Auftretens auch fast aller Kreistagsfraktionen. Wenn wir die zeitnahe Finanzierung des 3. und 4. Abschnitts bis Gingen/Ost erreichen wollen, dann werden wir den gemeinsamen Schulterschluss auf jeden Fall brauchen und dazu rufe ich hiermit auf!

Und, meine Damen und Herren, ein klares Votum aus dem Kreis und der Raumschaft ist auch für die **Weiterplanung bis Geislingen** gefragt. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit einer Finanzierung derzeit in weite Ferne gerückt zu sein scheint, müssen wir beharrlich auf die baldige Einleitung der Planfeststellung drängen und diese wiederholt beim RP einfordern. Seit Jahren werden wir da vertröstet. Es muss einen Startschuss geben, der als wichtiges Signal für den Geislinger Raum gilt. Es geht nicht darum, Beschlüsse für die Schublade zu produzieren. Wir müssen sehen, dass der Weg bis zur rechtskräftigen Planfeststellung noch weit ist, denn eines ist klar: auch dieses Verfahren wird viel Kraft und Zeit kosten, bis die Baureife erlangt ist.

Bei der Straßeninfrastruktur steht ein weiteres Projekt im Fokus: Die **A 8** entwickelt sich immer mehr zum Sorgenkind. Wenn die Neutrassierung bis Mühlhausen 2012 fertig gestellt ist, verlagert sich der Flaschenhals direkt an den Alaufstieg, der nicht vorankommt. Die Ergebnisse des laufenden Gutachtens, von Minister Dr. Ramsauer eigentlich für diesen Sommer zugesagt, lassen weiter auf sich warten. Wird es überhaupt eine Privatfinanzierung, in welcher konkreten Form auch immer, geben? Was bedeutet dies für die in der Schublade liegende Planfeststellung? Brauchen wir eine reguläre Haushaltsfinanzierung? Kann es ein Sonderprogramm für das 400 Mio. € Projekt geben? Viele offene Fragen, für die wir dringend Antworten benötigen. Denn die A 8 ist unsere mit Abstand wichtigste Außenanbindung im nationalen und internationalen Verkehr und damit ein entscheidender Faktor für die Marktchancen unserer heimischen Wirtschaft.

Wenn ich jetzt den Blick **von der Straße auf die Schiene** richte, dann kommen wir zu einem nicht minder wichtigen, **jetzt aber wieder kreishaushaltsrelevanten** um nicht zu sagen – sehr kreishaushaltsrelevanten Thema, für das das Jahr 2012 ein Weichenstellendes sein könnte.

Folie 8

Nach Abschluss des Stresstests von Stuttgart 21 sollten auch die Prüfergebnisse der DB zu unseren Überlegungen einer **S-Bahn-Verlängerung** in den Landkreis Göppingen zeitnah vorliegen. Die anhaltende Diskussion um das Großprojekt und der bevorstehende Volksentscheid haben jetzt aber zu weiteren Verzögerungen geführt. Uns war es aber wichtig, trotz dieser Hindernisse am Ball zu bleiben.

Bei einem Gespräch mit dem neuen Konzernbevollmächtigten der DB in Baden-Württemberg, Herrn Fricke, das letzte Woche in Stuttgart stattfand, stieß unser Anliegen erfreulicherweise auf offene Ohren. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass es auch der Bahn ein vorrangiges Anliegen ist, den östlichen Teil des Landes besser als bisher mit dem Zentrum zu vernetzen. Wir haben vereinbart, die notwendigen Schritte dafür zügig anzupacken. Das Testat von DB Netz zu den bisher entwickelten Betriebsplänen für die S-Bahn-Bedienung wurde uns aktuell bis zum Spätherbst zugesagt. Darauf müssen alle weiteren Untersuchungen aufbauen.

Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass wir sowohl ein Kombi-Modell aus S-Bahn und beschleunigter Regionalbahn, die als Regional-S-Bahn firmieren könnte, als auch die Möglichkeit eines **Vorlaufbetriebs** vor Inbetriebnahme der Neubaustrecke ernsthaft weiter verfolgen sollten. Denn bei nüchterner Betrachtung der Zeitschiene beim Bahnprojekt Stuttgart-Ulm ist mit frei werdenden Kapazitäten auf der Filstalachse bis 2019 schon heute nicht mehr zu rechnen. Umso mehr müssen wir interessiert sein, realisierbare Modelle weiter zu entwickeln und die dafür notwendigen Grundlagen zu schaffen. Nur so können wir die dringend erforderliche bessere Vernetzung mit dem Kernraum der Region beschleunigen.

Dies kann nur im engen Schulterschluss zwischen Bahn, Nahverkehrsgesellschaft, Region und Land als Zuschussgeber gelingen. Sobald neue Erkenntnisse zu diesem für die Außenwahrnehmung wie für die Binnenerschließung des Landkreises wichtigen Themas auf dem Tisch liegen, werden wir den UVA im Sinne unserer Railmap mit den Ergebnissen und möglichen Optionen erneut befassen. Unverzichtbar ist, dass wir in absehbarer Zeit Aufschluss über den voraussichtlichen Kostenrahmen erhalten. Ziel ist es, bald möglichst eine Kosten-/Nutzenuntersuchung als Grundlage für die Landesförderung in Auftrag zu geben.

Ein S-Bahn-Anschluss oder kombinierte Modelle ohne adäquate Vernetzung in die Fläche machen wenig Sinn. Das war in der Vergangenheit auch stets das Anliegen aller Fraktionen dieses Hauses. Im Rahmen der Filmland Klausur vom vergangenen Juni in Bad Boll wurde dies nochmals deutlich herausgearbeitet. Betriebliche Verbesserungen im nachgeordneten Busverkehr sind aber **nicht ohne erheblich höhere Kosten für den Landkreis** zu bekommen, darüber müssen wir uns im Klaren sein. Solche Kosten sind im HHEntwurf 2012 nicht finanziert.

Wenn man sieht, meine Damen und Herren, dass außerdem der demografische Faktor schon in den kommenden Jahren die Planungen unvermeidbar beeinflussen wird, dass derzeit die Schülerzahlen stagnieren, dass sie perspektivisch dramatisch zurückgehen und das dazu noch zeitlich leider früher als in anderen Teilen der Region Stuttgart, dass Veränderungen im Schulsystem Leistungsanpassungen und -erweiterungen erfordern werden, dann bedeutet dies im Ergebnis **betrieblich mehr Aufwand für immer weniger (zahlende) Schüler**. Erste Auswirkungen werden sich schon im Jahr 2012 zeigen, wenn der erste Jahrgang des „G8“ abschließt und eine finanzielle Lücke ins System reißt. Deshalb geht es auch in 2012 nicht ohne eine schmerzliche Anhebung der Tarife wie der Eigenanteile in der Schülerbeförderung.

Stellt sich die Frage, wie wir vermeiden können, mit immer weniger Angeboten und ständig steigenden Preisen mehr und mehr in eine Spirale nach unten zu geraten.

Damit schwindet die finanzielle Basis von Seiten der Schülerbeförderung, die unser heutiges Gesamtangebot im ÖPNV maßgeblich trägt. Wie kann dem begegnet werden? Wie viel ÖPNV können wir uns künftig leisten, welche Mindeststandards sind unverzichtbar? Das kann niemand wollen. Auch das Zauberwort „Ausschreibung“ führt kaum weiter. Sie ist zumindest kein Allheilmittel. Wir wollen unsere Unternehmen vor Ort auch nicht in den Ruin treiben oder durch Global Players des Verkehrsmarkts ersetzen, die bestenfalls lediglich kurzzeitige Stroheffekte liefern. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass wir alles beim Alten belassen wollen. Auch die Unternehmen müssen sich anstrengen und auf neue Rahmenbedingungen, die wir im neuen Nahverkehrsplan setzen werden, einstellen. Denn nur attraktive Verkehrsangebote finden ihren Markt.

Umso wichtiger ist es, alle Chancen zu nutzen, unsere Verkehre strukturell attraktiver zu gestalten und trotz der negativen Vorzeichen wieder mehr Menschen für das System ÖPNV zu gewinnen. Dafür müssen wir neue Zielgruppen erschließen, auch im Freizeitverkehr offensiv an den Markt gehen. Warum sollte nicht gelingen, was andernorts auch geht? Diese und andere Fragen müssen im Rahmen des neuen **Nahverkehrsplans**, den wir ab 2012 aufstellen wollen, Stück für Stück abgearbeitet werden. Hierfür benötigen wir externe Unterstützung und die engagierte Mitarbeit aller Beteiligten, nicht zuletzt die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Um zielorientiert voran zu kommen, müssen einige Weichenstellungen vorab geklärt werden. Ich schlage Ihnen deshalb schon heute eine **konzentrierte Klausur im kleinen Kreis zum Thema Nahverkehrsplan** vor, bei der wir die Eckpunkte für das weitere Vorgehen mit Ihnen abstimmen wollen.

Noch nicht angesprochen habe ich das Thema der tariflichen Zukunft unseres **Filsland Mobilitätsverbundes** und der angestrebten Kooperationen mit den Nachbarverbänden.

Die Turbulenzen beim Start im Januar haben sich schnell als leicht „überhitzt“ herausgestellt. Nach einigen Korrekturen, die mit hoher fachlicher Kompetenz vorbildlich schnell auf den Weg gebracht wurden, sind wir in ruhigerem Fahrwasser angekommen.

Die Umstellung von nahezu 11.000 Schüler-Abos über den Sommer verlief problemlos, hat aber viel Kraft gekostet. Das sehr „schlanke“ Modell unserer Verbundorganisation hat bis zum Anschlag gearbeitet. Alle Beteiligten verdienen unseren Respekt dafür.

Im Köcher sind derzeit **die gemeinsamen Tarifpunkte zum DING-Verbund und in Richtung VVS**, die gutachterlich durch die PTV untersucht werden und im Laufe des Jahres 2012 eingerichtet werden sollen. Sie werden weitere Verbesserungen für viele Fahrgäste bringen. Auch hier steckt der Teufel allerdings im Detail und in der Finanzierung. Immer wieder ein Thema sind die Konditionen für Studenten und Auszubildende, für die wir Lösungen finden wollen, die uns auf Augenhöhe mit den Standards vergleichbarer VVS-Nachbarn bringen. Die Erwartungen der Studierenden sind hoch gesteckt. Selbst damit ist die Teilintegration in den VVS aber noch lange nicht erreicht. Die Ziellinie liegt hier im Jahr 2014. Bis dahin müssen wir die nötigen Entscheidungen getroffen haben, um in den Genuss der Landeszuschüsse zu kommen, wie sie in unserer Fördervereinbarung vorgesehen sind. Ich berichte Ihnen nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, dass wir mit diesem Schritt nochmals in ganz andere finanziellen Dimensionen vorstoßen, als wir sie bisher bei der Förderung unseres ÖPNV gewohnt sind.

Folie 9: Die Entwicklung der Kosten im Bereich des ÖPNV zeigt diese Übersicht.

Kosten betreffend eine S-Bahn im Kreis sind hier noch nicht aufgeführt, weil auch noch nicht bekannt.

Angesichts der finanziellen Auswirkungen werden wir uns auf Schwerpunkte verständigen müssen. Denn ob durch Bund und Land künftig mehr Mittel für den ÖPNV zur Verfügung stehen werden, bleibt abzuwarten. Ich komme in diesem Zusammenhang noch einmal auf das Thema **Schülerbeförderung** zurück: Sie wird auch im Haushaltsjahr 2012 wieder hohe Belastungen für den Landkreis bringen. Das vom Landkreis zu tragende Defizit wird bei etwa 1,7 Millionen Euro liegen. Die Klausurtagung bei Filsland zeigte deutlich, welche enormen Herausforderungen uns hier die Zukunft bringen wird.

Allerdings gibt es bei der Schülerbeförderung auch ein positives Signal. Das Land wird, erstmals seit 1997, seine Zuschüsse erhöhen. Von den zu erwartenden 20 Millionen Aufstockungen im Land wird der Landkreis Göppingen 358.000 Euro erhalten. Diesen Betrag konnten wir auch bereits in den Haushaltsplan einsetzen. Das Land will durch diesen Betrag erste Folgen der veränderten Schullandschaft – ich nenne u. a. die Werkrealschulen – ausgleichen.

Auch wenn diese Mittelerhöhungen bei Betrachtung der Gesamtsituation nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind und die jahrelangen Mehrbelastungen des Kreises nicht ansatzweise ausgleichen können, sollte auch der Landkreis dieses Zeichen aufgreifen.

Wir beabsichtigen daher, Ihnen im Frühjahr nach definitiver Gesetzesänderung des Landes und nach Verhandlungen mit Filmland einen Vorschlag zur Verbesserung des Schüler-Abos ab dem Schuljahr 2012 / 2013 zu empfehlen.

Nicht erfüllt hat sich bisher der Ansatz, die Schülerbeförderungskosten über den sozialrechtlichen „Bildungs- und Teilhabeplan“ zu entlasten. Nach bisherigem Rechtsstand stellen sich Eltern schlechter, wenn sie diese Leistungen beantragen und dabei aus dem Befreiungstatbestand der Schülerbeförderung herausfallen. Hier müssen derzeit noch Verhandlungen auf Bundes- und Landesebene abgewartet werden.

Im wahrsten Sinne des Wortes Wegweisendes haben wir bei der Verbesserung der **Radverkehrsinfrastruktur** geleistet. Im Juli konnten wir das umfangreiche Werk unserer **Radverkehrskonzeption**, die Ihnen in diesen Tagen auch noch einmal in gebundener Form zugehen wird, zum Abschluss bringen. Ein Abschluss, der zugleich Startschuss für ein ehrgeiziges Programm war, das wir in den nächsten Jahren mit Ihrer Unterstützung abarbeiten wollen. **Drei bereits beauftragte neue Radrouten** und deren Ausschilderung, **erste Zuschüsse** aus Region, Land und Bund für Infrastrukturmaßnahmen zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Auch im überörtlichen Netz **wichtige kommunale Maßnahmen** sollen durch gezielte Förderung des Landkreises unterstützt werden und damit zusätzliche Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur generiert werden. Das sind wichtige Produkte, die wir auch für den Tourismus im Kreis benötigen!

Das Landratsamt konnte sich vor wenigen Wochen zum **fahrradfreundlichen Arbeitgeber** qualifizieren. Darauf sind wir ein bisschen stolz. Das Ergebnis, an dem viele im Haus tatkräftig mitgeholfen haben, lässt sich sehen und soll als Vorbild für andere Verwaltungen und Betriebe dienen.

Davon lassen wir uns aber nicht beirren, wenn es darum geht, im gesamten Kreis die Zertifizierung als **Fahrradfreundlicher Landkreis** bis 2013 anzustreben. Das Netzwerk der AGFK, der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen und Kreise, die wir 2010 mit begründet haben, hilft uns dabei. Auch dies ist ein ehrgeiziges, aber wie ich meine notwendiges Ziel. Denn die Stärkung des Umweltverbundes aus Fahrrad, Bus und Bahn muss uns auch mit Blick auf die zu leistende Energiewende ein beharrliches Ziel sein. Und nicht zuletzt dem Image und der Außenwahrnehmung des Landkreises täte ein solches Prädikat mehr als gut.

Gut tun, den Menschen und ihrer Gesundheit gut tun sollen auch unsere **Kliniken in GP und in Geislingen**. Weil diese Gesundheit für jeden Einzelnen von allererster Bedeutung ist, ist auch die Zukunftssicherung unserer Kliniken als größter Arbeitgeber und vor allem als **der** Gesundheitsanbieter im Landkreis auf der Agenda unserer Kreispolitik ganz oben zu finden.

Folie 10

Beide Kliniken sind auf einem schwierigen aber erfolgreichen **Konsolidierungskurs**. Die **Leistungen** an beiden Klinikstandorten haben im Jahr 2010 und auch im laufenden Jahr erfreulich zugelegt, was nicht zuletzt ein Beleg für die Attraktivität der medizinischen Weiterentwicklung und Spezialisierung in beiden Häuser ist. Auch auf der **Kostenseite** konnten durch eine Vielzahl an Maßnahmen erhebliche Ressourcen gehoben und Überkapazitäten abgebaut werden. Der Personalüberhang wird mutig und konsequent angegangen, so dass seit Beginn der Sanierungsbemühungen bis heute mehr als 100 Stellen reduziert werden konnten.

Meine Damen und Herren, die Schwierigkeit des Konsolidierungskurses, auf dem sich unsere Kliniken befinden, die wird besonders deutlich am Beispiel der Schließung der Geburtshilfe in Geislingen. Diese hat Blessuren hinterlassen, aber sie hat sich auch als richtige Entscheidung erwiesen, denn die wirtschaftliche Situation im geburtshilflichen Bereich beider Kliniken hat sich merklich verbessert:

Die Geburten aus dem Geislinger Raum an der Klinik am Eichert haben sich bis Ende September im Vergleich zum Vorjahr von 68 auf 132 Geburten annähernd verdoppelt.

Rechnet man diese Zahl auf ein ganzes Jahr hoch und berücksichtigt dabei, dass die Geburtshilfe erst seit April geschlossen ist, so bestätigt sich in der Tat die Annahme der Geschäftsführung, dass kurzfristig 30% der Wöchnerinnen aus dem Geislinger Raum zur Entbindung nach Göppingen kommen.

Auch die parallel vorgesehenen Kostenreduzierungen, insbesondere der Personalabbau sind inzwischen umgesetzt. Nun hoffen wir alle, dass die Einrichtung eines Geburtshauses unter einem neuen, gemeinnützigen Trägerverein rasch möglich wird und damit wieder Geburten in Geislingen stattfinden können. Seitens des Finanzamtes und der Oberfinanzdirektion Karlsruhe gab es hierzu bereits ein positives Signal. Nun müssen die Beteiligten noch die notwendigen Rahmenbedingungen bilateral mit den Hebammen klären. Ein wichtiger nächster Schritt wird die Weiterentwicklung unserer Kliniken zu einem **einheitlichen Klinikum mit zwei Standorten**. Wir sind da auf einem guten Weg, denn ein entsprechender Antrag wurde vom Sozialministerium bereits befürwortet. Es steht nun noch die Zustimmung der Kostenträger aus.

Meine Damen und Herren, das ist eine erfreuliche Entwicklung für unsere Kliniken. Denn damit werden die beiden Kliniken budget- und planungsrechtlich zu einem Klinikum zusammengeführt, was sich auf die jährlichen Mehr- u. Mindererlösausgleiche positiv auswirken wird, aber auch einen flexibleren Umgang mit den jährlich zustehenden Fördermitteln zulässt.

Ein weiterer Meilenstein in der medizinischen Weiterentwicklung wird die Etablierung eines **Medizinischen Versorgungszentrums** voraussichtlich zum Jahresende an der Klinik am Eichert sein. Dieses MVZ dient einzig dem Erhalt der Leistungsfähigkeit der Kliniken des Landkreises im ambulanten Bereich und soll ausdrücklich keine Konkurrenz zu den niedergelassenen Kollegen darstellen.

Folie 11

Die medizinische **Weiterentwicklung am Geislinger Standort** und die dortigen Baumaßnahmen kommen sehr gut voran. Das **Gesundheitszentrum mit Ärztehaus** wächst empor, der Rohbau geht planmäßig voran. Die Inbetriebnahme ist bereits für Ende nächsten Jahres vorgesehen. Derzeit sind 85% der Flächen vermietet.

Mit dieser Großmaßnahme wird die Verzahnung zwischen ambulantem und stationärem Sektor vorangetrieben, ein echtes Kompetenzzentrum an der Helfenstein Klinik etabliert.

Die Neueinrichtung der Endoskopie und die Zusammenführung der Funktionsdiagnostik werden im November abgeschlossen und im Dezember in Betrieb gehen.

Diese Maßnahme war überfällig. Dort wo bisher schon hervorragende Arbeit geleistet wird, wo schon heute der sehr gute Ruf weit über die Landkreisgrenze hinaus geht, kann nun der dringend notwendige Ausbau erfolgen.

Mit diesen beiden Maßnahmen und einem Investitionsvolumen von 24 Mio. € im Zeitraum 2010 bis 2012 wird der Klinikstandort der Helfenstein Klinik und der Geislinger Raum langfristig und nachhaltig in seiner Leistungskraft und damit auch in seinem Bestand gestärkt.

Auch für das kommende Haushaltsjahr sind die Investitionsbeiträge an die Kliniken mit gesamt 4,3 Mio. € wesentlich durch das Gesundheitszentrum Geislingen (3,5 Mio. €) geprägt. Dennoch wird auch am Standort Göppingen weiter investiert und dort die neue Lichtrufanlage fertig gestellt. Die Teilrenovierung der Patientenzimmer schreitet parallel voran, das Foyer wird runderneuert und für das neue Medizinische Versorgungszentrum müssen Räumlichkeiten umgestaltet werden. Bereits in den nächsten Tagen wird die neue Zentrale Patientenaufnahme ihrer Bestimmung übergeben. Damit werden künftig alle Patienten, die nicht als Notfallpatienten eingeliefert werden, zentral im Erdgeschoss administrativ aufgenommen. Auch dies ist ein weiterer Beleg für eine qualitative Verbesserung zu Gunsten der Patienten.

Folie 12

Meine Damen und Herren, für die Zukunftsfähigkeit unserer Kliniken ist die kontinuierliche betrieblich-bauliche Weiterentwicklung von ganz besonderer Bedeutung. Sowohl der Aufsichtsrat als auch die Gesellschafterversammlung befassen sich derzeit ausführlich mit dieser Thematik. Ob ein Gutachten als notwendig erachtet wird, soll in der kommenden Sondersitzung der Gesellschafterversammlung nochmals abschließend beraten werden.

Keine Frage: Es geht um viel Geld und daher muss eine klare und fundierte Meinungsbildung erfolgen.

Die Kostenschätzungen belaufen sich aktuell für die kurzfristigen Maßnahmen (2013 u. 2014) auf ca. 24 Mio. € (Anteil Landkreis 24 Mio. € = 100%) und für die mittelfristigen Maßnahmen (2015 bis 2020) auf ca. 169 Mio. € (Anteil Landkreis 103 Mio. € = 60%).

Meine Damen und Herren, wir müssen uns der Herausforderung, diesen finanziellen Kraftakt zu meistern, stellen, denn es geht hier um die Gesunderhaltung der Menschen in unserem Landkreis. Es geht darum, unsere beiden Kliniken in Göppingen und in Geislingen dauerhaft in kommunaler Trägerschaft zu halten.

Deshalb sind die notwendigen, natürlich noch zu priorisierenden Investitionszuschüsse ein zukunftsgerichteter Beitrag zur Erhaltung der hohen medizinischen Qualität in der stationären und ambulanten Patientenversorgung.

Meine Damen und Herren, wir sind gehalten hier der Kreisbevölkerung, der Belegschaft aber auch der Geschäftsführung rasch ein klares Signal zu geben. Nur so können wir die Geschäftsführung bei ihrem schwierigen Konsolidierungskurs von Seiten des Landkreises unterstützen.

Folie 13

Hier sehen sie die prognostizierte Entwicklung der **Klinikdefizite**. Die bisherige Erfahrung und auch die aktuelle Entwicklung zeigen, dass dies ein sehr anspruchsvoller Weg ist. Der zeitnahe und möglichst vollständige Abbau der Defizite ist aber klar erklärtes und konsequent verfolgtes Ziel. Er ist auch zwingend notwendig, wenn auf der anderen Seite große Summen in die betrieblich-bauliche Weiterentwicklung der Kliniken investiert werden müssen

Meine Damen und Herren, der schwierige Konsolidierungskurs auf der einen Seite und eine hochqualitative Gesundheitsversorgung auf der anderen Seite: Was an unseren Kliniken geleistet wird, verdient unser aller Respekt. Allen MitarbeiterInnen und Mitarbeitern, dem Betriebsrat und der Geschäftsführung möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken und meine Anerkennung für die an beiden Standorten geleistete Arbeit aussprechen.

Mit Dank und Anerkennung an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch an unsere zahlreichen Partnerorganisationen und sozialen Einrichtungen bin ich auch genau richtig beim nächsten Themenbereich, dem ich mich nun zuwenden will, dem **Sozialetat**.

Folie 14

Der **Zuschussbedarf** für die Soziale Sicherung im Einzelplan 4 wird sich im kommenden Haushaltsjahr voraussichtlich auf **95,94 Mio. €** belaufen. Er liegt damit um 0,96 Mio. € über dem Planansatz des laufenden Haushaltsjahres. Unter Berücksichtigung der im Einzelplan 9 ausgewiesenen Entlastungen durch den Soziallastenausgleich ergibt sich jedoch insgesamt eine Verbesserung im Umfang von 0,46 Mio. €.

Folie 15

Damit setzt sich, bezogen auf den Einzelplan 4, die jahrelang feststellbare Kostenspirale „nach oben“ leider erneut fort. Der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg hat deshalb mit Blick auf die Kostensteigerungen in einer am 01.09.2011 veröffentlichten Presseerklärung zu Recht von einem „Fass ohne Boden“ gesprochen.

Im Jahr 2011 beläuft sich die **Sozialleistungsquote der Landkreise** voraussichtlich auf 85 % (nach 79 % in 2010) der Einnahmen, mit steigender Tendenz. Für den Landkreis Göppingen trifft diese negative Entwicklung im besonderen Maß zu, wenn man bedenkt, dass die Zahl der Kreisbewohner von 2005 bis 2011, also in 5 Jahren um ca. 5.800 Personen abgenommen hat. Im Vergleich dazu hat im gleichen Zeitraum die Region Stuttgart um annähernd 10.000 Einwohner zugelegt. Unter der Annahme, dass ganz überwiegend nicht hilfebedürftige Personen durch Wegzug zu einer Reduzierung unserer Kreisbevölkerung beitragen, erhöht sich die Sozialleistungsquote pro Einwohner deutlicher als in anderen Landkreisen.

Was also ist zu tun? Neben der langjährigen Forderung gegenüber dem Bund zu einer Kostenbeteiligung bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit nicht nur vorübergehender Behinderung kommt es u. a. darauf an, im Rahmen unserer Möglichkeiten einem weiteren Rückgang der Zahl unserer Kreisbewohner entgegenzuwirken. Wir müssen unseren Landkreis für unsere leistungsstarken MitbürgerInnen attraktiv machen, damit sie eben nicht wegziehen. Wir müssen aber auch unsere sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen nach Kräften fördern, um sie im Idealfall von Sozialleistungen möglichst unabhängig zu machen.

Eine erfreuliche Entwicklung in diese Richtung ist für den **Arbeitsmarkt** zu verzeichnen. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) beziehen, ist zwischen August 2010 und August 2011 um rund 5 % auf 5939 Haushalte zurückgegangen. Dieser gute Verlauf ist der positiven konjunkturellen Entwicklung zu verdanken, aber auch unserem **Jobcenter Landkreis Göppingen**, das bei einem Ranking unter 42 Jobcentern den 3-besten Platz belegt. Ob sich dieser gute Prozess im kommenden Jahr fortsetzt, wird sich zeigen. Beim Abschnitt 4820 des Haushaltsplans (**Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II**) hat die Verwaltung für 2012 eine Reduzierung des Zuschussbedarfs in Höhe von 1,95 Mio. € eingeplant.

Hierbei ist berücksichtigt, dass einer höheren Bundeserstattung von bisher 28,5 % auf 39,8 % insbesondere Ausgaben für das seit 01. April 2011 in Kraft getretene **Bildungs- und Teilhabepaket** (BuT) entgegenstehen.

Bei der Inanspruchnahme des BuT ist mittlerweile eine Zunahme der Zahl der Antragstellungen zu verzeichnen. Die Umsetzung dieser Sozialleistungen für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien bereitet dem berechtigten Personenkreis und der Verwaltung teils erhebliche Probleme.

Die Leistungsinhalte u. a. für Schulbedarf, Lernförderung, Schülerbeförderung und Schulmittagessen sind zu begrüßen, weil sie geeignet sind, sozialen Benachteiligungen entgegenzuwirken.

Sorge bereitet der Verwaltung die sogenannte **Instrumentenreform des SGB II**. Hiernach ist ab April 2012 vorgesehen, die gemeinnützigen Beschäftigungsverhältnisse für Hartz IV-Empfänger empfindlich einzuschränken. Für den Personenkreis der Langzeitarbeitslosen sind solche Maßnahmen notwendig, um ihm sinnvolle Tagesstrukturen zu ermöglichen. Wenn diese Menschen sich selber überlassen bleiben, sind deren Aussichten auf einen regulären Arbeitsplatz oftmals verbaut und sie gleiten weiter aus der Bahn, etwa in ein Suchtverhalten, das volkswirtschaftlich und insbesondere für die Landkreise dauerhaft hohe Folgekosten nach sich zieht.

Aus Verwaltungssicht wäre es erforderlich, einen vom Bund finanzierten Arbeitsmarkt zu schaffen, der es -ähnlich den Beschäftigten in Behindertenwerkstätten- ermöglicht, tagesstrukturierenden Tätigkeiten nachzugehen. Mit der Instrumentenreform werden aber auch die gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaften wie die Stufen Arbeits- und Beschäftigungsförderung gGmbH (SAB Waldeckhof) in ernsthafte Existenznöte getrieben, weil ihnen ein Teil ihrer Finanzierungsgrundlage entzogen wird. Der Landkreis, der zusammen mit der Agentur für Arbeit Träger des Jobcenters ist, wird darauf achten, im Rahmen der verfügbaren arbeitsmarktpolitischen Instrumente die Interessen des angesprochenen Personenkreises zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, dass die Landesregierung im Koalitionsvertrag Überlegungen für ein unterstützendes Beschäftigungsprogramm anstellt.

Bei der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** müssen seit Jahren steigende Fallzahlen und Kosten registriert werden. Es ist deshalb hoch erfreulich, dass der Bund im Rahmen des sogenannten „Hartz IV-Kompromisses“ sich bereit erklärt hat, die entstehenden Kosten sukzessive zu übernehmen. Im Jahr 2012 ist mit einer Kostenerstattung in Höhe von 45 % der Ausgaben zu rechnen. Aufgrund dessen wird sich trotz steigender Ausgaben der Planansatz in diesem Unterabschnitt (4104) um rund 1,7 Mio. € reduzieren.

Ebenfalls erfreulich für den Sozialhaushalt ist ein höchstrichterliches Urteil, wonach in **Eingliederungshilfefällen bei internatsmäßiger Unterbringung** über das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) rückwirkend ab dem Jahr 2002 bis 2009 Kostenerstattungen zu leisten sind.

Die genaue Höhe des Erstattungsbetrags muss an Hand von komplizierten Einzelfallabwicklungen ermittelt werden; für das Jahr 2012 wird mit einer Einnahme (UA 4170) in Höhe von 1,0 Mio. € gerechnet.

Gleichwohl muss in der **Eingliederungshilfe** mit einem Planansatz von 29,8 Mio. € bei den Ausgaben aufgrund weiter steigender Fallzahlen und Vergütungssätzen mit einer Erhöhung des Zuschussbedarf um 0,47 Mio. € gerechnet werden. Die im Koalitionsvertrag der Landesregierung getroffene Aussage, über eine Bundesratsinitiative einen größeren Anteil an der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung zu übernehmen, ist daher zu unterstützen. Die nähere Ausgestaltung dieser Zielsetzung bleibt abzuwarten.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe hat der Sozialausschuss in seiner Sitzung am 11.10.2011 neue **Richtlinien für den Spezialbeförderungsdienst** für schwerbehinderte Menschen beschlossen. Im Hinblick auf den Maßnahmenanteil des Teilhabepplans werden für die Errichtung einer Zweigwerkstatt mit Förder- und Betreuungsbereich für rund 120 Menschen mit Behinderung durch die Lebenshilfe Kreisvereinigung Göppingen im Raum Süßen aktuell konkrete Planungsgespräche geführt. Die nächste große Aufgabe für das kommende Jahr wird die Entwicklung einer Konzeption für den Bereich der sogenannten „offenen Hilfen“ sein. Zielsetzung ist hierbei die möglichst umfassende Inklusion, d.h., die Eingliederung behinderter Menschen in ihrem sozialen Nahbereich bei Aktivitäten in Freizeit, Kultur, Sport usw. Im Bildungsbereich nimmt der Inklusionsgedanke einen weiterhin positiven Verlauf, weil die Zahl der Kinder mit Behinderung, die Regelkindertagesstätten und –schulen besuchen, kontinuierlich ansteigt. Die Zusammenarbeit zwischen dem Staatl. Schulamt und der Landkreisverwaltung funktioniert auch in diesem Bereich sehr gut.

Die Landesregierung sieht die Inklusion behinderter Kinder als integralen Bestandteil des Bildungswesens und will deren Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in der Regelschule gesetzlich verankern.

Die Kommunen sollen in der Umsetzung des ab August 2013 geltenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter 3-Jährige vom Land deutlich unterstützt werden.

Der Ausbaustand in der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige liegt zum Stichtag 01.03.2011 bei 18,3 %, wobei der Landkreis über den Tagesmütterverein für die Sicherstellung der Kindertagespflege sorgt. In der Kindertagesbetreuung befinden wir uns, wie ich meine, auf einem guten Weg.

Aktuell sind **11 Kinderhäuser** von den kommunalen und kirchlichen Kindergartenträgern in Betrieb genommen bzw. befinden sich in der Bauphase.

Die **8 Familientreffs** in unserem Landkreis, ein wohl landesweit einmaliges Kooperationsprojekt zwischen Landkreis, Kommunen und der freien Wohlfahrtspflege, verrichten zur Unterstützung der Eltern u. a. in Erziehungsfragen und an ihren zumeist unter 3-jährigen Kindern gute Arbeit. Die Verwaltung schlägt vor, die Arbeit der 8 Familientreffs im Verlauf des kommenden Jahres einer bereits angekündigten erneuten Evaluation zu unterziehen, um Schlussfolgerungen zu deren Wirkung festzustellen und Fragen zur konzeptionellen Weiterentwicklung zu Familienzentren zu beleuchten. Für diesen Evaluationsprozess ist im Haushaltsplan ein Betrag von 10.000,-- € (UA 4070) eingestellt. Mit der voraussichtlich zum Beginn des neuen Jahres vorgesehenen Wiederbesetzung der Stelle der Jugendhilfeplanerin soll die Aufgabe „Stärkung der Familien“ der neuen Stelleninhaberin übertragen werden. Dies entspricht dem Vorschlag von IMAKA im Rahmen des Organisationsentwicklungsprozesses. Mit der Stellenwiederbesetzung wird die weitere Umsetzung der Maßnahmen des Kreisjugendplans konsequent fortgeführt. Ebenfalls vorgesehen ist im kommenden Jahr die Evaluation des im Februar 2010 verabschiedeten **Richtlinienteils des Kreisjugendplans.**

In der **erzieherischen Jugendhilfe** rechnen wir mit einem Anstieg des Zuschussbedarfs um 0,36 Mio. € (+ 2,3%) auf 16,18 Mio. €. Der Landkreis liegt damit nach bisherigen Erkenntnissen im landesweiten Trend steigender Kostenbelastungen. Allerdings liegt der Landkreis bei der Quote der unter 18 jährigen Empfänger von Leistungen nach dem SGB II mit an der Spitze der Landkreise in BW. Die Quote der minderjährigen Bezieher/innen von Transferleistungen hat nach Expertenaussagen des Kommunalverbands für Jugend und Soziales (KVJS, Dr. Bürger) die stärkste Aussagekraft im Kontext kinder- und jugendhilferelevanter Themenstellungen. So liegt in Bezug auf stationäre Hilfen die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme bei Kindern aus Armutsverhältnissen um das Zwanzigfache höher als bei Kindern aus insoweit unbelasteten Verhältnissen.

Deshalb ist es von hoher Bedeutung, Eltern und Kinder aus prekären Lebensverhältnissen zielgerichtet zu unterstützen, wie es durch die bereits genannte Arbeit in den Familientreffs oder den „Frühen Hilfen“ über Familienhebammen der Fall ist. Durch den geplanten Ausbau von Ganztageseschulen und den damit einhergehenden strukturierten Tagesabläufen darf der Landkreis ebenfalls auf Entlastungseffekte hoffen.

In diesem Zusammenhang ist der beabsichtigte Wiedereinstieg des Landes in die Finanzierung der **Schulsozialarbeit** zu begrüßen. Im Raum steht eine Kostenbeteiligung im Umfang von einem Drittel, wobei die verbleibenden zwei Drittel von kommunaler Seite, d.h. von den Schulträgern und vom Landkreis als öffentlichem Jugendhilfeträger zu finanzieren wären. Wenn das Land seine Förderung von einer Kostenbeteiligung der Landkreise in Höhe eines Drittels abhängig macht, würde dies zu einer Verdoppelung des Planansatzes von 170.000.-- € auf 340.000.-- € führen. Ein solcher Betrag ist im Haushaltsentwurf 2012 nicht finanziert.

Folie 16

Beim Übergang junger Menschen von der Schule in den Beruf müssen wir feststellen, dass die Förderprogramme sehr zahlreich und deshalb unübersichtlich sind. Mit unserem zu 100% geförderten **Projekt REGIOdrive** als einem von bundesweit 55 Modellprojekten soll diese von allen Beteiligten beklagte Angebotsvielfalt gesichtet, strukturiert und einer Bestandsanalyse unterzogen werden. Neben Fachkonferenzen ist im nächsten Jahr eine wissenschaftlich begleitete Schülerbefragung vorgesehen. Zielsetzung des Projektes soll schließlich ein kreisbezogener „Bildungsführer Aus- und Weiterbildung“ sein, so wie er im Leuchtturmprojekt „Bildung und Qualifikation“ in Verbindung mit dem Aufbau eines Bildungsbüros (Maßnahme 15) vorgeschlagen ist.

Über REGIOdrive werden wir am 10. November gemeinsam mit der Evang. Akademie Bad Boll den **Demografiefachtag „Keiner darf verloren gehen“** durchführen. Im Haushaltsentwurf 2012 ist ein Betrag von **10.000.-- € für einen weiteren Demografiefachtag** eingestellt. Das Thema ist noch nicht festgelegt. Es könnte in Erwägung gezogen werden, die Entwicklung der Kreisfinanzen, besonders mit Blick auf den Sozialbereich, und die zu erwartenden Folgen in Bezug auf den demografischen Wandel zu beleuchten.

Meine Damen und Herren, nach intensiver Vorbereitung konnte der **Integrationsplan für Migranten** vom Kreistag vor wenigen Monaten als Rahmenplan zu den bestehenden Sozialplänen einstimmig verabschiedet werden.

Nach einer dem Sozialausschuss in der Sitzung am 11.10.2011 vorgestellten Priorisierung der Handlungsempfehlungen wird sich der Arbeitskreis Integration mit dem Thema „Sprachförderung an Kindertagesstätten“ beschäftigen. Zielsetzung ist die Erstellung einer Konzeption Sprachförderung, die den Aspekt Elternarbeit mit beinhalten soll. Im Haushaltsentwurf ist für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen ein **Betrag von 20.000.-- € eingestellt**.

Vorschläge zum möglichen Einsatz der Mittel sollen im Arbeitskreis erörtert werden; über das Ob und Wie hat der Sozialausschuss bzw. Kreistag zu entscheiden.

Folie 17

Bei der Entwicklung des **Bürgerschaftlichen Engagements (BE)** können wir auf ein wie ich meine erfolgreiches Jahr blicken. Durch die Teilnahme des Landkreises am vom Bundespräsidenten initiierten **BürgerForum 2011** mit rund 400 Teilnehmern aus dem Landkreis wurde die Bürgerbeteiligung in einem neuen Format mit Präsenzveranstaltungen und einer Diskussion online auf einer eigens entwickelten Plattform getestet. Das Format BürgerForum wird von der Bertelsmann Stiftung weiter optimiert, wir sind bei diesem Thema eingebunden. Auch von Seiten der neuen Landesregierung sind neue Impulse hinsichtlich der stärkeren Bürgerbeteiligung vorgesehen. Die neuen Überlegungen möchten wir gerne mit den Teilnehmern am BürgerForum 2011 diskutieren, was wir für das 1. Quartal 2012 vorgesehen haben.

Meine Damen und Herren, aus dem großen Bereich der Sozialen Sicherung gäbe es viele weitere bedeutende Themen anzusprechen, etwa die Umsetzung des **Sozialcontrolling** oder Entwicklungen im Altenhilfebereich mit dem Pflegestützpunkt, die Unterbringung von Asylbewerbern, usw. Dies würde den Rahmen dieser Haushaltsrede sprengen. Ich will aber zum Schluss mit Blick auf die **freien Träger der Sozial- und Jugendhilfe** nicht unerwähnt lassen, dass wir als Verwaltung eine **Deckelung der Zuschüsse**, wie sie im laufenden Haushaltsjahr erfolgt ist, nicht beabsichtigen. Der Landkreis hätte auf Grund seiner weiterhin schwierigen Finanzsituation hierzu allen Grund; ich kenne aber auch die ebenfalls schwierige Situation der freien Träger. Gleichwohl muss gelten, dass von allen Beteiligten eine weiterhin sehr sparsame Mittelbewirtschaftung erwartet werden muss.

Ich denke, dass wir mit unseren umfangreichen Planwerken für die Bereiche Jugendhilfe, Altenhilfe und Pflege, Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gute Grundlagen haben, um unsere wichtigen sozialen Leistungen zu bewahren und bedarfsorientiert weiter zu entwickeln.

Ein wichtiges Ziel der Verwaltung ist es, die Transparenz bezüglich der Umsetzung der Maßnahmen aus unseren Planwerken zu erhöhen.

Lassen Sie mich abschließend allen Sozialpartnern und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierte und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohl unserer MitbürgerInnen ein herzliches Dankeschön aussprechen.

Folie 18

Meine Damen und Herren,

Eine ganz zentrale Rolle in der kreispolitischen Verantwortung nehmen unsere **Beruflichen Schulen** ein. Mit ihrem differenzierten Bildungsangebot sind die Beruflichen Schulen für den weitaus größten Teil der nachwachsenden Generation wichtige Stationen auf dem Weg in das Berufsleben. Als Partner in der dualen Ausbildung und im Rahmen weiterer teilzeit- und vollzeitschulischer beruflicher Bildungsgänge bilden sie qualifizierte Fachkräfte aus bzw. vermitteln Kompetenzen in Verbindung mit staatlich anerkannten Abschlüssen. Die entsprechenden Rahmenbedingungen müssen deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Produktivität, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig gefestigt werden. Um diese Ziele zu unterstützen sind im Vermögenshaushalt Budgetmittel zur **Schulausstattung** in Höhe von rund **1,5 Mio. €** veranschlagt, um veraltete Maschinen/Geräte zu ersetzen, die nicht mehr den Sicherheitsbestimmungen, den Vorschriften der Berufsgenossenschaft bzw. dem Stand der Technik entsprechen.

Der in den Vorjahren begonnene Weg zur **energetischen Sanierung der Gebäude** wird mit dem letzten Abschnitt der **Fenstersanierung im BSZ Göppingen mit 800.000€** fortgesetzt. Auf Grund des Alters unserer Schulgebäude ist im Bereich der Unterhaltung ebenfalls mit erhöhten Kosten zu rechnen, da die Flachdächer undicht sind und saniert, eine neue Brandmeldeanlage installiert bzw. die Bodenbeläge und Sanitärräume sukzessive erneuert werden müssen. Dafür sind weitere Mittel, z.B. **Brandmeldeanlage mit 300.000 €** und für **Bodenbeläge** in mehreren Gebäuden insgesamt **400.000 €** im Jahr 2012 vorgesehen.

Im Verwaltungshaushalt sind nach den Kürzungen in den letzten Haushaltjahren erhöhte Budgetmittel veranschlagt, um die Qualität von Schule und Unterricht nicht zu gefährden.

Trotz leicht sinkender Schülerzahlen wurden weitere neue Schularten wie z.B. Sozialwissenschaftliches Gymnasium an der Emil-von-Behring-Schule Geislingen und das Profil Umwelttechnik am Technischen Gymnasium Göppingen eingerichtet, für weitere Profilierungen sind die Schulen und die Verwaltung aufgeschlossen.

Sonderschulen / Inklusion

Auf Landesebene ist ein spannender Prozess zur weiteren Umsetzung der Inklusion eingeleitet und bleibt weiterzuverfolgen. Für die Arbeit stellt der Landkreis an den bisherigen Standorten Geislingen und Göppingen auch die entsprechenden Unterhaltungsmittel zur Verfügung, im Bereich Geislingen muss dabei der seit Jahren HHEinbringung 2012, Landrat Edgar Wolff, 21. Oktober 2011

verschobene und nun dringend bestehende Bedarf an Verbesserungen im Bereich der Sanitäreinrichtungen und des Speisesaals mit Haushaltsmitteln von 100.000 € im Vermögenshaushalt angegangen werden.

Auch an unseren Sonderschulen wird hervorragende sonderpädagogische Arbeit geleistet. Insbesondere durch bewährte, schon langjährig eingerichtete **Außenklassen** erfolgt eine integrative Unterrichtung von Schülern in engster Zusammenarbeit mit allgemeinbildenden Schulen und somit bereits im Vollzug der Umsetzung der Anforderungen aus der „Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen“.

Die demografische Entwicklung der Schülerzahlen zeigt allgemein zwar einen Rückgang auf, wobei jedoch die Schülerzahlen im Sonderschulbereich deutlich langsamer sinken. Dies wird unter anderem dadurch bedingt, dass durch medizinische Fortschritte die Zahl der Schwerstmehrfachbehinderten zunimmt.

Die Klassenstrukturen an unseren Bodelschwingh-Schulen werden durch die genannte Entwicklung komplexer, d.h. hier werden überwiegend nur noch Schüler mit erheblichem Pflege- und Assistenzleistungen beschult. Dies erfordert zusätzliches Pflege- und Betreuungspersonal. Der Verwaltungsausschuss hat bereits am 01.07.2011 drei weitere Stellen hierfür genehmigt. Die Mehraufwendungen von 66.000 € sind im Haushaltsplan einkalkuliert.

Die weitere schulpolitische Weiterentwicklung zum Thema Inklusion in den Sonderschulen bleibt abzuwarten.

Folie 19

Meine Damen und Herren,

„Wer jetzt noch nicht wach ist, der muss sich fragen, was denn eigentlich passieren muss, damit man den Ernst der Lage erkennt.“ Mit diesen Worten des ehemaligen Bundesumweltministers und ehemaligen Chefs des UN-Umweltprogramms Klaus Töpfer leite ich zum **Klimaschutz** über, der auch im kommenden Jahr ein wichtiges Thema für Verwaltung und Kreispolitik sein wird.

Mit dem **Klimaschutzbericht 2010** haben wir eine gute erste Grundlage, die eine beachtliche Zahl von klimawirksamen Maßnahmen beinhaltet. Mithilfe des Klimaschutzberichtes, der in Zukunft jährlich erstattet werden soll, wollen wir den Stand und die Fortschritte beim Klimaschutz dokumentieren. Ein weiterer wichtiger Baustein des Klimaschutzes im Landkreis ist die **Energieagentur**, die mittlerweile ein Netzwerk zur individuellen Beratung der Bürger und eine Energieberatung vor Ort aufgebaut hat.

In den landkreiseigenen Liegenschaften wird das **Energiemanagement** Schritt für Schritt umgesetzt und durch einen Energiebericht dokumentiert.

Was bislang fehlt, ist eine Gesamtstrategie, die über unsere landkreiseigenen Liegenschaften hinausgeht, die Potentiale für den Klimaschutz im ganzen Landkreis aufzeigt und Klimaschutzziele setzt. Dies erwarten wir von dem **Integrierten Klimaschutzkonzept**, das der Umwelt- und Verkehrsausschuss neben der Einrichtung einer Geschäftsstelle Klimaschutz am 30.09. auf den Weg gebracht hat.

Es umfasst neben dem Landkreis und seinen Einrichtungen auch die Gemeinden, die privaten Haushalte, das Gewerbe und die Industrie sowie den Verkehr. Wir sind uns dabei bewusst, dass wir die Gemeinden, die Unternehmen und die Bürger nicht auf Ziele verpflichten können, wir wollen aber versuchen, gemeinsam gesetzte Ziele zu erreichen.

Das Integrierte Klimaschutzkonzept soll die Klammer zur Verknüpfung der vielfältigen Klimaschutzaktivitäten im Landkreis werden.

Die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts ist keine Erfindung des Landkreises Göppingen. Neu aber ist – und darauf können wir stolz sein –, das Zusammenwirken von Landkreis, Gemeinden und Unternehmen:

- 36 Gemeinden sind der gemeinsamen Initiative der Stadt Göppingen und des Landkreises gefolgt,
- die im Landkreis tätigen Energieversorgungsunternehmen Albwerk, EnBW und EVF sowie die Kreissparkasse beteiligen sich mit je 40.000 € am Klimaschutz. Hierfür sei herzlicher Dank gesagt!

Das Klimaschutzkonzept soll keine theoretische Studie werden, sondern für jede Raumschaft des Landkreises sollen konkrete Maßnahmenvorschläge erarbeitet werden. Die Fertigstellung des Konzepts ist für das Jahr 2013 geplant. Die Vorbereitung und die Betreuung des Projektes werden uns das ganze nächste Jahr begleiten.

Die beschlossene Energiewende, die von einer breiten Mehrheit in der Politik und der Bevölkerung getragen wird, und der Klimaschutz sind zwei Seiten einer Medaille. Zwischen der gesellschaftlichen Akzeptanz und dem Handeln vor Ort besteht aber oftmals noch eine Kluft. Ich stelle mit Sorge fest, dass zwar einerseits der verstärkte Einsatz regenerativer Energien gefordert wird, aber andererseits gegen Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien vor Ort sich sehr schnell Widerstand von Bürgern und Gemeinden formiert. Beispielhaft sei das **EULE-Projekt** zur Erfassung und Verwertung von Grüngut im Voralbgebiet, die Einrichtung eines zentralen Grüngut-Sammelplatzes des AWB für Süßen

und Salach als Voraussetzung für die energetische Verwertung des Grünguts und Widerstände gegen diverse Biogasanlagen der Landwirtschaft erwähnt.

Der vorgesehene Ausbau der Windkraft und der notwendige Ausbau von Stromleitungstrassen lassen weitere Widerstände befürchten. Die vorgebrachten Argumente wie z. B. Lärm- und Geruchsbeeinträchtigungen, zunehmender Verkehr, Beeinträchtigung der Aussicht, Wertminderung der Grundstücke, Veränderung des Landschaftsbildes, verstärkter Maisanbau sind sicherlich für sich betrachtet ernst zu nehmen. Die Gewinnung umweltfreundlicher und bezahlbarer Energie ist aber ohne Interessensgegensätze nicht möglich. Ohne Kompromisse wird es nicht gehen. An diesem Thema müssen wir noch hart arbeiten.

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die alle Ebenen der Politik und unseres Handelns umfassen muss.

Meine Damen und Herren,

wir müssen und wir wollen im Tourismus offensiver werden. Das Pfund, mit dem wir dabei wuchern können, ist unsere herrliche Landschaft. Unsere **Kulturlandschaft** ist aber ohne Pflege nicht zu erhalten. In den vergangenen Jahren wurde hier viel erreicht. Insbesondere unsere Wacholderheiden auf der Schwäbischen Alb sind in einem guten Zustand, nicht zuletzt aufgrund des Vertragsnaturschutzes.

Bei der Landschaftspflege arbeiten Gemeinden, Landwirte, Naturschutzverbände, Forstamt, Landwirtschaftsamt und untere Naturschutzbehörde reibungslos zusammen.

Die **Landschaftspflege** verursacht der unteren Naturschutzbehörde einen erheblichen Aufwand. Ein erheblicher zusätzlicher Aufwand wird mit den Managementplänen für die Natura 2000-Gebiete, dem europäischen Schutzgebietsnetz, verbunden sein. Daher ist es erfreulich, dass das Ministerium für den Ländlichen Raum die flächendeckende Gründung von **Landschaftserhaltungsverbänden** angeregt hat und für jeden Landschaftserhaltungsverband Finanzmittel für 1,5 Personalstellen in Aussicht gestellt hat. Eine halbe Personalstelle sowie die Sachmittel sollen vom jeweiligen Landkreis beigesteuert werden. Wir werden dem Umwelt- und Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 15.11.2011 die Gründung eines Landschaftserholungsverbands im Laufe des Jahres 2012 vorschlagen. Die notwendigen Finanzmittel sollen über die Änderungsliste in den HH 2012 aufgenommen werden.

Die **Abfallwirtschaft** wartet für das Jahr 2012 mit einer guten Nachricht auf. Nach vielen Jahren der Gebührenstabilität können aufgrund der Ausschreibung der Abfuhrdienstleistungen die Abfallgebühren um rund 5 % gesenkt werden.

In Anbetracht der automatischen Kostensteigerungen bei den großen Kostenblöcken Abfallentsorgung und Müllabfuhr ist dies ein beachtliches Ergebnis. Dabei ist zu beachten, dass die neuen Abfallgebühren auf drei Jahre festgeschrieben sind.

Im Zusammenhang mit der anstehenden **Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes** erwarten uns umfassende gesetzliche Änderungen, die erhebliche Auswirkungen auf unser Entsorgungs- und Gebührensystem haben können. Ich nenne nur: Bioabfallerfassung, Wertstofftonne und mengenorientiertes Gebührensystem. Die politische Diskussion ist in vollem Gang. Ungeklärt und umstritten ist nach wie vor das künftige gesetzliche Zusammenspiel zwischen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und privaten Entsorgern im Bereich der Wertstofffassung.

Auch für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen wird sich ein erheblicher Diskussionsbedarf ergeben, zumal wir gleichzeitig die **Fortschreibung unseres Abfallwirtschaftskonzepts** in Angriff nehmen wollen. Der Einstieg in die Diskussion ist allerdings erst dann sinnvoll, wenn Klarheit über die künftigen Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes besteht. Mit der Verabschiedung des Gesetzes ist Anfang nächsten Jahres zu rechnen. Ich sage Ihnen zu, dass wir im Anschluss daran mit einem Verfahrensvorschlag für einen abgestimmten Informations-, Beratungs- und Entscheidungsprozess auf Sie zukommen werden.

Obwohl wir bei der Einrichtung des geplanten Grüngutplatzes Süßen/Salach einen Rückschlag hinnehmen mussten, wird der Abfallwirtschaftsbetrieb im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der Nutzung von Biomasse weiterhin auf die Fortentwicklung der **Grüngutkonzeption** hinwirken und versuchen, im Einvernehmen mit den Gemeinden das Netz an Grüngutplätzen auszubauen. Wir setzen dabei auch auf das Ergebnis der vom Umweltministerium in Auftrag gegebenen Studie zur Optimierung der Erfassung und Verwertung von Bio- und Grünabfällen. Das Ergebnis der Studie, einerseits der allgemeine Leitfaden, andererseits das auf den Landkreis Göppingen abgestimmte Handlungskonzept, wird in Kürze vorliegen.

Nach den politischen Schwerpunktthemen für das Jahr 2012 lassen Sie mich nun zur **Landkreisverwaltung** kommen: **Folie 20**

Mit dem Ende letzten Jahres gestarteten **Organisationsentwicklungs-Projekt „Wandel gestalten“** hat sich die Verwaltung auf den Weg gemacht, sich den Herausforderungen entsprechend weiter zu entwickeln. Im Verwaltungsausschuss am 07. Oktober 2011 haben wir die von der Firma Imaka erarbeitete **Potentialanalyse** vorgestellt. Diese Potentialanalyse gilt es in den kommenden Jahren in einem kontinuierlichen Prozess umzusetzen.

Wir haben mit der Potentialanalyse den Beweis angetreten, dass wir nicht nur offen und in allen Richtungen nach Optimierungsmöglichkeiten suchen, sondern dass es solche auch tatsächlich gibt. Die Umsetzung der zahlreichen Maßnahmen wird teilweise aber nicht ohne die entsprechenden Haushaltsmittel für externe Unterstützung bzw. vertiefte Analysen gehen. Ich bitte Sie herzlich darum, diesen Weg mitzugehen.

Die eingestellten Mittel im Haushalt sind für eine Organisation unserer Größe ein sehr niedriger Ansatz. Die Weiterentwicklung einer Organisation, die Konsolidierung, aber auch die Unterstützung der Mitarbeiter in der Veränderung sind in Unternehmen und auch in vielen anderen Verwaltungen selbstverständliche Themen, die systematisch angegangen und begleitet werden müssen.

Für die **Kundenorientierung** können wir die deutliche Erweiterung unserer **Öffnungszeiten** im Landratsamt ab 1.1.2012 melden. Wir werden einheitliche Öffnungszeiten in der gesamten Organisation haben, für weite Bereiche der Verwaltung bedeutet dies eine Ausweitung um 9 Stunden, in der Zulassungs- und Führerscheinstelle, die schon bisher höhere Öffnungszeiten hatten, zusätzliche 5 Stunden.

Neben Organisation und Technik sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die wichtigsten Erfolgsfaktoren für unsere Aufgabenerfüllung. Erfreulicherweise konnten wir die **Personalnettokosten** für das laufende Jahr gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert halten.

Für das Haushaltsjahr 2012 ist allerdings eine leichte Steigerung um 2,47 Prozent zu verzeichnen. Schwerpunktmäßig umfasst dies die eingeplante tarifliche bzw. gesetzliche Erhöhung der Entgelte der Beschäftigten bzw. der Besoldung der Beamten um 2,0 Prozent. Für die Wiederbesetzungssperre von sechs Monaten wurde ein pauschaler Betrag von 145.000 Euro in Abzug gebracht.

Im **Ausbildungsbereich** kommt im Jahr 2012 erstmals die vom Verwaltungsausschuss beschlossene Erhöhung der Ausbildungsplatzzahlen zur Umsetzung. Mittelfristig werden damit im Schnitt rund 45 Nachwuchskräfte im Landratsamt ausgebildet. Der Nachwuchsbereich wird damit insgesamt gestärkt, um für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein. Damit die Ausbildung im Landratsamt hochwertig bleibt, wurde zudem von der Verwaltung 2011 im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes ein Ausbildungskonzept erstellt. Insgesamt bildet der Landkreis Göppingen in zwölf Berufen aus bzw. stellt Plätze zur beruflichen Weiterbildung zur Verfügung.

Das **Foyer des Landratsamts**, sehr geehrte Damen und Herren, ist die Visitenkarte der Landkreisverwaltung.

Auch dort soll der Wandel gestaltet und das Foyer als Informations- und Begegnungsstätte weiterentwickelt werden. Wie in vielen Verwaltungen und Betrieben mittlerweile üblich, wollen wir ein **Informationssystem in digitaler Form** einrichten. Auch wichtige Themen wie Tourismus oder Europa könnten dann gestalterisch Einzug ins Foyer halten. Hierfür haben wir entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt.

Was uns in der Verwaltung auch beschäftigt, ist der mittelfristige Bedarf an Büro- und Parkierungsflächen für die Landkreisverwaltung, sowie die Sanierungs- und brandschutztechnischen Veränderungsmaßnahmen des in die Jahre gekommenen Landratsamtsgebäudes. Für Analysen hierzu wie auch für den renovierungsbedürftigen Sitzungstrakt und die weitere Bündelung der Verwaltung unter Einbeziehung aller Außenstellen ist eine erste Planungsrate mit 100.000 € im Haushalt eingestellt.

In diesem Zusammenhang müssen auch die weiter notwendigen Maßnahmen im Altbau des Landratsamts mit untersucht und abgestimmt werden:

- Brandschutzmaßnahmen (Erweiterung der Brandmeldeanlage in die Büroräume, Schaffung eines direkten Ausgangs vom Treppenhaus und den Aufzügen im EG ins Freie durch Einbau von Brandschutzelementen und Aufrüstung von Wänden, Ersatz der Oberlichter in den Flurwänden, Verbesserung der Geschosdecken, Einhausung des 2. Rettungswegs, Sanierung der Elektroinstallation in den Etagen, Verlegung der Wandhydranten vom Treppenhaus in die Geschosse, Beseitigung der Brandlasten – Akten, Kopierer, usw. – in den Fluren).
- Sanierung der Lüftungstechnik
- Sanierung der Heizungsanlage
- Deckensanierung in den Etagen
- Sanierung der Beleuchtungsanlagen in den Etagen
- Renovierung der Büroräume und Flure
- Renovierung des Hohenstaufensaals mit den dazugehörigen WC-Anlagen
- Ersatzlösung für die Behelfsbauten und Außenstellen
- Erweiterung der Parkplatzflächen und Ersatz der Parkfläche „Altes Öllager“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor Ihnen liegt einumfangreiches Zahlenwerk, vor uns liegen die Haushaltsberatungen, mit denen wichtige Weichen in Richtung Zukunft des Landkreises Göppingen gestellt werden. Über die richtigen Strategien zur Bewältigung der Zukunftsherausforderungen haben wir auch in unserer ersten Kreistagsklausur am 8. Juli 2011 diskutiert.

Ich meine, dass war eine gute Premiere und ein Wegbereiter für Klausuren auch in den kommenden Jahren. Die Notwendigkeit einer verstärkt strategisch-systematischen Arbeit in Verwaltung und in der Kreispolitik war auch Ergebnis des KGSt-Forums, das von einer Landkreisdelegation besucht wurde. Dazu mehr unter TOP 7.

Meine Damen und Herren,

klar ist für mich, dass die Herausforderungen der Zukunft für den Landkreis groß sind. Unseren sehr geringen finanziellen Spielräumen, die auch der vorliegende HHEntwurf verdeutlicht, stehen gewaltige Investitionsbedarfe im Bereich der Gesundheitsversorgung, im Bereich des ÖPNV, in unserer Verkehrsinfrastruktur, im Bereich der Gebäudeerhaltung und weiterhin auch im sozialen Bereich gegenüber. Wege und Möglichkeiten zur Finanzierung der vorrangigen Handlungsbedarfe zu finden, das wird eine Kernaufgabe in der kommenden Zeit sein. Wir werden diese Aufgabe nur mit größtmöglicher Gemeinsamkeit schaffen. Gemeinsamkeit hier in diesem Gremium und in den Ausschüssen, zusammen mit der Verwaltung und zusammen auch mit unseren Städten und Gemeinden, weil viele Themen in der ganzen Bandbreite vom Demografischen Wandel bis zum Klimawandel uns alle treffen und weil wir gemeinsam in diesen Themen mehr bewegen können.

Folie 21 Es gilt hier das Motto des BürgerForums: „Zukunft braucht Zusammenhalt!“ und es gilt was Georg Christoph Lichtenberg einmal so formuliert hat: „Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird. Aber es muss anders werden, wenn es besser werden soll.“

Ganz zum Schluss, meine Damen und Herren,

der HHEntwurf 2012 kann keine Euphorie entfachen, wenn man sich aber vor Augen hält, dass wir im Jahr 2012 **Folie 22**

- Eine Geschäftsstelle Klimaschutz einrichten werden und ein integriertes Klimaschutzkonzept erarbeitet wird
- Das Gesundheitszentrum und Ärztehaus in Geislingen in Betrieb gehen wird
- Ein Tourismuskonzept vorliegen wird
- Im OE-Prozess erste Analyseergebnisse vorliegen werden
- Ein neues visuelles Erscheinungsbild des Landkreises vorgestellt werden wird
- Wir über unser Abfallwirtschaftskonzept und über Weiterentwicklungsmöglichkeiten beraten werden
- Wir dem vielversprechenden Projekt eines Baumwipfelpfades im Landkreis GP weitere Schritte näher kommen werden
- 3 weitere touristische Radrouten eingerichtet werden

- Neue Formate der Bürgerbeteiligung diskutiert und eingerichtet werden können
- Die Verknüpfungspunkte mit den Verkehrsverbänden DING und VVS hergestellt werden können
- Das Kreisbewusstsein hoffentlich gestärkt werden kann, wenn der Landrat regelmäßige Besuche in den Kreiskommunen macht, einschl. eines Besuches auch in einer Gemeinderatssitzung, in der er über die Entwicklung im Landkreis berichtet und in der er ein offenes Ohr für Fragen, Anregungen und Kritik haben wird.
- Und wenn wir den Spatenstich für den B 10-Weiterbau mit dem 3. und 4. Abschnitt machen können.

Das sind für das Jahr 2012/12 nicht rundweg garantierte aber doch durchaus realistische Entwicklungen und Chancen, die zeigen, dass wir uns trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen uns im Vorwärtsgang bewegen.

Herzlichen Dank an den Kreiskämmerer und sein ganzes Team. Herzlichen Dank an die Verwaltung und herzlichen Dank an das Gremium für die Aufmerksamkeit, für Ihr hohes Engagement!